Richtlinien der Hochschule für Gesundheit Bochum zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis und zum Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten vom 19. Juni 2018

Vorbemerkungen


Präambel


Teil 1: Verpflichtung zu guter wissenschaftlicher Praxis

§ 1 Leitprinzipien und Grundsätze

(1) Die Hochschule für Gesundheit verfolgt die Sicherung wissenschaftlicher Qualitätsstandards, insbesondere der Aufrichtigkeit und Exaktheit in der Forschung, als eine zentrale Aufgabe ihrer Mitglieder und Angehörigen. Von den wissenschaftlich tätigen Mitgliedern und Angehörigen der Hochschule wird im Rahmen ihrer Tätigkeit erwartet, die Grundsätze guter wissenschaftlicher Praxis zu beachten. Sie sind zur Einhaltung folgender Leitprinzipien verpflichtet:

- lege artis zu arbeiten,
- Resultate zu dokumentieren und alle Ergebnisse konsequent selbst anzuzweifeln,
- strikte Ehrlichkeit im Hinblick auf die Beiträge von Partner*innen, Konkurrent*innen und Vorgänger*innen zu wahren,
- wissenschaftliches Fehlverhalten zu vermeiden und ihm vorzubeugen sowie
- die in diesem Dokument beschriebenen Regeln zu beachten.


(3) Jede/r Projektleiter*in hat sich wissenschaftlich vorbildlich zu verhalten. Studierende und Nachwuchswissenschaftler*innen müssen im Interesse ihrer eigenen Zukunftsplanung auch selber wachsam gegenüber möglichen Fehlverhalten in ihrem Umfeld sein.

(4) Die Departments sind aufgefordert, in der curricularen Ausbildung wissenschaftliches Fehlverhalten angemessen zu thematisieren und Studierende und Nachwuchswissenschaftler*innen über die in der Hochschule für Gesundheit geltenden Grundsätze zu unterrichten.


§ 2 Zusammenarbeit und Leitungsverantwortung in Arbeitsgruppen

Die Leiter*innen der Arbeitsgruppen tragen die Verantwortung für eine angemessene Organisation, die sichert, dass die Aufgaben der Leitung, Aufsicht, Konfliktregelung und Qualitätssicherung eindeutig zugewiesen sind und tatsächlich wahrgenommen werden.

§ 3 Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Wer eine Arbeitsgruppe leitet, trägt Verantwortung dafür, dass für alle an der Arbeitsgruppe Beteiligten (Studierende, Doktorand*innen, Mitarbeiter*innen, u.ä.) eine angemessene Betreuung gesichert ist. Für jede oder jeden von ihnen muss es in der Arbeitsgruppe eine primäre Bezugsperson geben, die ihr oder ihm auch die Grundsätze zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis an der Hochschule für Gesundheit vermittelt.

§ 4 Bewertungskriterien für wissenschaftliches Arbeiten

Originalität und Qualität haben als Leistungs- und Bewertungskriterien für Prüfungen, für die Verleihung akademischer Grade, Einstellungen sowie die Mittelzuweisung stets Vorrang vor Quantität.

§ 5 Speicherung und Aufbewahrung der Primärdaten für zehn Jahre

Primärdaten als Grundlagen für Veröffentlichungen sind auf haltbaren und gesicherten Trägern in der Institution, in der sie entstanden sind, für zehn Jahre aufzubewahren. Wann immer möglich, sollen Präparate, mit denen Primärdaten erzielt wurden, für denselben Zeitraum aufbewahrt werden.

§ 6 Verantwortung der Autor*innen für Veröffentlichungen

Autorinnen und Autoren wissenschaftlicher Veröffentlichungen tragen die Verantwortung für deren Inhalt stets gemeinsam. Autor*in ist nur, wer einen wesentlichen Beitrag zu einer wissenschaftlichen Veröffentlichung geleistet hat. Alle Wissenschaftler*innen, die wesentliche Beiträge zur Idee, Planung, Durchführung oder Analyse der Forschungsarbeit geleistet haben, sollten die Möglichkeit haben, als Mitautor*in mitzuwirken.

Die Mitautorschaft begründet sich nicht durch:

- die Einwerbung von Fördermitteln,
- die Bereitstellung von Standard-Untersuchungsmaterialien,
- die Unterweisung von Mitarbeiter*innen in Standard-Methoden,
die lediglich technische Mitwirkung bei der Datenerhebung,
die lediglich technische Unterstützung (z.B. bloße Bereitstellung von Geräten),
die bloße Überlassung von Daten,
das alleinige Lesen des Manuskripts ohne substantielle Mitgestaltung des Inhalts oder
die Leitung der Abteilung oder Arbeitsgruppe, in der die Publikation entstanden ist.

Ebenso sind die arbeits- oder dienstrechtlichen Beziehungen zwischen den Beteiligten für die Begründung einer (Mit-)Autorschaft unerheblich. Reicht ein Beitrag für sich allein nicht aus, um eine Autorschaft zu rechtferagen, kann eine solche Unterstützung mit einer Danksagung erwähnt werden. Eine sogenannte „Ehrenautorenschaft“ ist ausgeschlossen.

Es verstößt gegen die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis, die Mitarbeit an einer Publikation ohne hinreichenden Grund zu beenden oder die Publikation der Ergebnisse als Mitautorinnen und Mitaustoren, auf deren Zustimmung die Veröffentlichung angewiesen ist, ohne dringenden Grund zu verhindern.

Teil 2: Wissenschaftliches Fehlverhalten

§ 7
Wissenschaftliches Fehlverhalten (vgl. HRK 1998)

(1) Wissenschaftliches Fehlverhalten liegt vor, wenn in einem wissenschaftserheblichen Zusammenhang bewusst oder grob fahrlässig Falschangaben gemacht werden, geistiges Eigentum anderer verletzt oder sonst wie deren Forschungstätigkeit beeinträchtigt wird. Entscheidend sind jeweils die Umstände des Einzelfalles. Als möglicherweise schwerwiegendes Fehlverhalten kommt insbesondere in Betracht:

a) Falschangaben
   ● das Erfinden von Daten;
   ● das Verfälschen von Daten, z. B.
     - durch Auswählen und Zurückweisen unerwünschter Ergebnisse, ohne dies offenzulegen;
     - durch Manipulation einer Darstellung oder Abbildung;
   ● unrichtige Angaben in einem Bewerbungsschreiben oder einem Förderantrag (einschließlich Falschangaben zum Publikationsorgan und zu in Druck befindlichen Veröffentlichungen).

b) Verletzung geistigen Eigentums in Bezug auf ein von einem anderen geschaffenes urheberrechtlich geschütztes Werk oder von anderen stammende wesentliche wissenschaftliche Erkenntnisse, Hypothesen, Lehren oder Forschungsansätze:
   ● die unbefugte Verwertung unter Anmaßung der Autorschaft (Plagiat),
   ● die Ausbeutung von Forschungsansätzen und Ideen, insbesondere als Gutachter und als Betreuer von Arbeiten des wissenschaftlichen Nachwuchses (Ideendiebstahl),
   ● die Anmaßung oder unbegründete Annahme wissenschaftlicher Autor- oder Mitautorschaft,
   ● die Verfälschung des Inhalts,
   ● die unbefugte Veröffentlichung und das unbefugte Zugänglichmachen gegenüber Dritten, solange das Werk, die Erkenntnis, die Hypothese, die Lehre oder der Forschungsansatz noch nicht veröffentlicht ist.

c) Inanspruchnahme der (Mit-)Autorenschaft eines anderen ohne dessen Einverständnis.
d) Sabotage von Forschungstätigkeit (einschließlich Beschädigen, Zerstören oder Manipulieren von Versuchsanordnungen, Geräten, Unterlagen, Hardware, Software, Chemikalien oder sonstiger Sachen, die ein anderer zur Durchführung eines Experiments benötigt).

e) Beseitigung von Primärdaten, insofern damit gegen gesetzliche Bestimmungen oder disziplinbezogen anerkannte Grundsätze wissenschaftlicher Arbeit verstoßen wird.

(2) Eine Mitverantwortung für Fehlverhalten kann sich unter anderem ergeben aus
  • aktiver Beteiligung am Fehlverhalten anderer,
  • Mitwissen um Fälschungen durch andere,
  • Mitautorschaft an fälschungsbehafteten Veröffentlichungen,
  • grober Vernachlässigung der Aufsichtspflicht.

§ 8
Ombudsperson


(2) Die Ombudsperson steht Mitgliedern und Angehörigen der Hochschule für Gesundheit als Ansprechpartner*in bei tatsächlichen oder vermuteten wissenschaftlichen Fehlverhalten zur Verfügung. Alle Beratungsgesuche und Verdachtsfälle sind vertraulich zu behandeln.

(3) Die Ombudsperson berichtet dem Präsidium der Hochschule für Gesundheit einmal jährlich und in begründeten Verdachtsfällen über ihre Arbeit. Insofern Verdachtsfälle widerlegt worden sind, erfolgt der Bericht in anonymisierter Form.

(4) Mitglieder und Angehörige der Hochschule für Gesundheit können sich an die Ombudsperson wenden und sie über ein tatsächliches oder vermutetes wissenschaftliches Fehlverhalten informieren. Die Ombudsperson greift darüber hinaus auch von sich aus einschlägige Hinweise auf, von denen sie (ggf. auch über Dritte) Kenntnis erhält.

Teil 3: Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten

§ 9
Verfahren bei Verdacht auf wissenschaftliches Fehlverhalten

(1) Die Hochschule für Gesundheit wird jedem konkreten Verdacht auf wissenschaftliches Fehlverhalten nachgehen.

Die Ombudsperson prüft die Vorwürfe unter Plausibilitätsgegenpunkten auf Bestimmtheit und Bedeutung und berät diejenigen, die sich an sie gewandt haben. Kommt sie zu dem Ergebnis, dass ein hinreichender Verdacht für ein wissenschaftliches Fehlverhalten vorliegt, verständigt sie unverzüglich das Präsidium.
Das Präsidium setzt unverzüglich eine Kommission zur Untersuchung von Vorwürfen bezüglich des wissenschaftlichen Fehlverhaltens ein und entscheidet auf Grundlage des Ergebnisses ggf. über Sanktionen.

Die Untersuchungskommission setzt sich zusammen aus:

- drei Professor*innen,
- ein*e wissenschaftliche*r Mitarbeiter*in sowie
- ein*e Justitiär*in der Hochschule für Gesundheit (hsg) mit beratender Stimme.

Die Ombudsperson und ihre Stellvertretung können an der Untersuchungskommission beratend teilnehmen.

Dabei sind Anzeigen während des Untersuchungsverfahrens von allen Beteiligten zum Schutz der Informant*innen sowie des/der Betroffenen absolut vertraulich zu behandeln.

Die Untersuchungskommission wählt aus ihrer Mitte eine Person zur Vorsitzenden. Die Kommission entscheidet mit Stimmenmehrheit der Mitglieder.


(2) Der/dem Betroffenen sind die belastenden Tatsachen und ggf. Beweismittel zur Kenntnis zu geben.

(3) Sowohl der/dem Betroffenen als auch der/dem Informant*in ist Gelegenheit zur mündlichen und schriftlichen Äußerung zu geben.


(5) Die Untersuchungskommission ist gehalten, die Vorwürfe zeitnah und umfassend aufzuklären. Dabei soll darauf geachtet werden, dass das Verfahren innerhalb eines angemessenen Zeitraums abgeschlossen wird. Der Klarungsprozess sollte während der Vorlesungszeit in ca. 4 Wochen und außerhalb der Vorlesungszeit in ca. 6 Wochen abgeschlossen sein.


(7) Im Falle eines unbegründeten Verdachts erfolgen keine weiteren Benachrichtigungen. Sollte der Verdacht jedoch bekannt geworden sein, so veröffentlicht das Gremium mit
Einverständnis der bzw. des Betroffenen eine Stellungnahme zur Entlastung und Rehabilitation der betroffenen Person.

(8) Personen, die einen spezifizierbaren Hinweis auf einen Verdacht wissenschaftlichen Fehlverhaltens geben (Hinweisegeber, sogenannte Whistleblower), dürfen daraus keine Nachteile für das eigene wissenschaftliche und berufliche Fortkommen erfahren. Die Ombudsperson, ihre Stellvertretung wie auch die Einrichtungen, die einen Verdacht überprüfen, müssen sich für diesen Schutz in geeigneter Weise einsetzen. Die Anzeige muss in „gutem Glauben“ erfolgen (vgl. DFG-Denkschrift Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis 2013, Empfehlung 17, S. 36f.).

(9) Im Falle eines begründeten Verdachts greift § 10.

§ 10
Maßnahmen/Sanktionen

(1) Bei Verstoß gegen die gute wissenschaftliche Praxis kann die Hochschule für Gesundheit unabhängig von der Einleitung weiterer arbeits-, disziplinar- oder strafrechtlicher Schritte folgende Maßnahmen ergreifen:

- Ermahnung der/des Betroffenen durch die/den Präsident*in,
- öffentliche Rüge im Wiederholungsfall,
- Auflagen, nicht korrekt verfasste Publikationen zu korrigieren und zurückzuziehen,
- Ausschluss von hochschulinternen Forschungsförderungsverfahren auf Zeit oder auf Dauer.

(2) Bei drittmittelgeführten Forschungsarbeiten wird bei jedem wissenschaftlichen Fehlverhalten der Drittmittelgeber informiert.

§ 11
Inkrafttreten

Die Richtlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis und zum Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten an der Hochschule für Gesundheit Bochum treten mit Beschluss des Präsidiums der hsg am „01.08.18“ in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Präsidiums vom 19.06.2018 durch die Präsidentin.

Bochum, den 31.07.2018

Prof. Dr. Anne Friedrichs
Präsidentin